

Wieder ein bisschen Atompartei

Der neue FDP-Präsident Thierry Burkart bewältigt seinen ersten Ernstfall – und scharft den Freisinn mit einem Kompromiss in der Atomfrage hinter sich

Alan Cassidy, Montreux

Am Schluss, als die Debatte vorbei ist, steht Thierry Burkart hinten im Saal und zückt sein Handy. Er zeigt ein Foto, auf dem das Abstimmungsergebnis der Delegierten zur neuen Energierevolution zu sehen ist: 248 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. «So viel zur gespaltenen FDP», sagt er. Wäre da nicht die Maske vor seinem Gesicht, man würde jetzt vermutlich ein Grinsen sehen.

Drei Wochen ist es her, seit der «Tages-Anzeiger» publikmachte, dass die FDP-Spitze das Verbot zum Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) kippen wollte. Drei Wochen lang tobte seither inner- und ausserhalb des Freisinns eine Debatte um die Richtung, die die Partei damit einschlagen würde. Die FDP läute das «Atomzeitalter» ein, hiess es im «Blick». Die NZZ schrieb von der «Kernspaltung» des Freisinns, der GAU schien nur einen Wimpernschlag entfernt.

Immer wieder ging es dabei um die Rolle Burkart's. Gelingt es dem neuen Parteichef nicht, die Partei in der Atomfrage hinter sich zu scharen, sei er bereits gescheitert, war zuletzt selbst von wohlmeinenden Kommentatoren zu hören. «Nebelspalter»-Chefredaktor Markus Somm meinte in seinem Podcast: «Es geht um Burkart's Überleben.»

Und es war ja nicht bloss die mediale Debatte. Von vielen Umwelt- und Energiepolitikern der

Partei, jenen, die im Parlament in den einschlägigen Kommissionen sitzen, weiss man, dass sie nicht viel davon halten, in dieser Frage eine Kehrtwende zu machen – erst fünf Jahre nachdem sich die FDP hinter die Energiestrategie 2050 gestellt hatte, die ohne neue AKW auskommt. Recht laut war die Kritik zudem in der Stadt-zürcher FDP, die fürchtet, dass ihr die Atomfrage in den Wahlen vom Sonntag schaden könnte.

Sperrige Konstruktion

Das waren also die Vorzeichen, unter denen sich die FDP-Delegierten am Samstag im Kongresszentrum in Montreux trafen. Es wird an diesem Tag auch über anderes diskutiert, ein Schwatz mit Bundespräsident Ignazio Cassis geführt, es werden die Parolen für die nächsten Abstimmungen gefasst. Aber richtig umstritten sind nur vier Zeilen des vier Seiten langen Positionspapiers mit dem Titel «Mehr Strom, weniger Polemik». Konkret: die Forderung, die Voraussetzungen für den Bau von AKW der neuen Generation zu schaffen.

Dass es am Ende aus Burkart's Sicht gut kommt, dass er das Bild von der zerstrittenen Partei widerlegen kann: Es liegt am Antrag, den die kantonalen Parteipräsidenten am Vorabend beschlossen haben und nun den Delegierten vorlegen.

Er macht aus der knappen, provokativen Formulierung im



Plötzlich diese Entspannung: FDP-Präsident Thierry Burkart (rechts) mit Bundesrat Ignazio Cassis bei den Delegierten in Montreux.

Der Entscheid der Delegierten zeigt das Bedürfnis, die Reihen im Freisinn zu schliessen.

Original, die vom Zürcher Kantonalpräsidenten Hans-Jakob Bösch stammt, eine sperrige Konstruktion aus Bedingungen und Klauseln: Für die einheimische Stromproduktion seien «die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit langfristig und bei Bedarf auch eine neue Generation der Kernkraft-Technologie ihren Beitrag an die Versorgungssicherheit leisten könnte, sofern die Sicherheit jederzeit gewährleistet werden kann.»

Ein Satz, geschrieben wie von einer Anwaltskanzlei. Und doch ist damit klar: Die FDP fordert die Aufhebung des Bauverbots für neue Atomkraftwerke, solche der künftigen Generation. Sie wird wieder Atompartei – ein bisschen zumindest, irgendwann, je nachdem.

Jene Freisinnigen, die zuvor Anträge für eine weitere Abschwächung oder sogar Streichung der AKW-Passage gestellt haben, ziehen diese zugunsten des Kompromissvorschlags zurück. Es ist ein Sieg für die Parteileitung, es ist ein Sieg für Thierry Burkart.

Einige Stunden zuvor, in einem Hotel in Montreux. Thierry Burkart sitzt an einem Frühstückstisch, vor sich ein Müesli, eine Schale mit Ananas und ein Glas Orangensaft, hinter sich der Genfersee. Dass es bewegte drei Wochen waren, bestreitet der Aargauer Ständerat nicht. Wer mit ihm darüber spricht, merkt:

Er hat die mediale Debatte genau verfolgt, er weiss, welche Zeitung was geschrieben hat – und wie viele Exponenten der FDP sich in der Öffentlichkeit kritisch zum ursprünglichen Vorschlag der Kantonalpräsidenten äusserten (es waren nach Burkart's Zählung bloss fünf).

Alles übertrieben?

Was er daraus folgert: «Das angeblich tiefe Zerwürfnis wurde herbeigeredet.» Er räumt aber auch ein: Kommunikativ hätte es besser laufen können. «Jede Partei lebt von verschiedenen Meinungen, der Freisinn noch mehr als andere. Ich hätte mir einfach gewünscht, dass gewisse Ansichten mehr in die interne Beschlussfassung eingeflossen wären, statt dass sie an die Öffentlichkeit getragen wurden.»

Aber, schiebt Burkart nach: Er habe die Debatte um die Atomfrage nicht gesucht. «Das Thema schwelt in der Partei seit Fukushima vor sich hin. Es verschwand nie ganz, und es hat sich akzentuiert, seitdem klar ist, dass wir ein massives Problem mit der Versorgungssicherheit haben. Da ist es nur richtig, dass wir das Thema nun hervorholen, diskutieren und uns zu einer Haltung durchringen.» Eine Haltung, wohl gemerkt, die sich ziemlich exakt mit Burkart's eigener Position deckt.

Dass die Diskussion im Freisinn dennoch Emotionen auslöst,

beweist die anschliessende Debatte im Kongresszentrum. Da ist die Waadtländer Nationalrätin Jacqueline de Quattro, die kritisiert, wie «kontraproduktiv» die Forderung nach einer Aufhebung des AKW-Verbots doch sei.

Und da ist der Aargauer Nationalrat Matthias Jauslin, der warnt: «Wir versteifen uns bei der Kernkraft auf eine Technologie, die wir gar nicht haben.» Die Reaktoren der vierten Generation, die von den AKW-Befürwortern ständig bemüht würden, «bestehen erst in Computeranimationen, aber nicht in der Realität».

Es treten auch noch ein paar weitere Kritiker auf, aber alle stellen sich letztlich hinter die Parteiführung. Das zeigt zum einen, dass es innerhalb des Freisinns ein Bedürfnis gibt, angesichts düsterer Wahlprognosen die Reihen zu schliessen. Und es zeigt zum anderen, dass die neue Haltung der FDP zur Atomfrage eben doch noch recht viel Interpretationsspielraum offen lässt.

Die Delegiertenversammlung der FDP ist noch im Gang, als sich die Grüne Partei per Communiqué zum Beschluss der Freisinnigen äussert. «Neue AKW – eine Absurdität sondergleichen!», heisst es darin.

Auch das ist Kritik am Kurs der FDP, aber es ist Kritik von aussen. Die internen Gegner sind verstummt. Für wie lange: Das ist eine andere Frage.

Grüne fordern ein Klimadepartement

Die Grünen wollen ein Departement schaffen, das Klima- und Wirtschaftsfragen miteinander verbindet.

Ladina Triaca

Robert Habeck lässt die Grünen träumen. Nicht nur in Deutschland, auch in der Schweiz. Als die ehemalige Schweizer Grünen-Präsidentin Regula Rytz vor kurzem eine Laudatio für Habeck hielt, betonte sie, dass die deutschen Grünen die «Möglichkeit» für alle Grünen in Europa prägen würden. Die deutschen Grünen sitzen in der Regierung. Sie stellen fünf Ministerinnen und Minister. Und sie konnten während der Koalitionsverhandlungen ein «Superministerium» für Wirtschaft und Klimaschutz aushandeln, an dessen Spitze nun

Robert Habeck steht. Ähnliches wünschen sich die Grünen auch in der Schweiz.

Die Fraktionsspitze um Aline Trede schlägt die Schaffung eines Klima- und Wirtschaftsdepartements vor. Konkret soll im heutigen Umwelt- und Verkehrsdepartement (Uvek) von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein eigenes Bundesamt für Klima entstehen. Zudem soll das Staatssekretariat für Wirtschaft aus dem Wirtschaftsdepartement ins Uvek umgesiedelt werden. Fraktionschefin Aline Trede sagt dazu: «Wir müssen Klima und Wirtschaft miteinander verbinden, wenn wir eine griffige Klimapolitik erreichen wollen.» Die Unternehmen hätten einen riesigen Einfluss darauf, ob die Schweiz ihre klimapolitischen Ziele erreiche. Damit das Uvek – das bereits

heute als grosses Departement gilt – nicht zum «Super-super-Departement» wird, regen die Grünen an, die bundesnahen Betriebe wie die Post oder die SBB ins Verteidigungsdepartement auszulagern. Im heutigen Wirtschaftsdepartement solle zudem eine Digitalisierungsabteilung entstehen und im Innendepartement ein Bundesamt für Familie. Aline Trede sagt, es gehe den Grünen darum, eine strukturelle Diskussion zu lancieren. «Wir glauben, dass der Zeitpunkt dafür gut ist. Viele sind nicht zufrieden, wie der Bundesrat im Moment funktioniert.»

Eine Miniatur-Version der grünen Idee findet sich bereits in Basel-Stadt. Dort wurde das Thema Klima vor kurzem im Präsidentschaftsdepartement verankert. Seither ist SP-Regierungspräsident Beat

Jans für die Koordination von Klimafragen verantwortlich. Jans' ursprünglicher Plan, das Amt für Umwelt und Energie im Präsidentschaftsdepartement anzusiedeln, scheiterte allerdings.

Auch das Klima- und Wirtschaftsdepartement, das den Grünen vorschwebt, dürfte einen schweren Stand haben. Nicht nur, weil das Schweizer System eher unbeweglich ist, sondern auch, weil es an politischer Unterstützung fehlen dürfte. FDP-Ständerat Andrea Caroni sagt: «Ich sehe den Sinn eines solchen Departements überhaupt nicht. Klima und Wirtschaft sind – bei allen Berührungspunkten – eigenständige Bereiche.» Er hält den Vorschlag der Grünen eher für einen «Gag». Da habe der grosse Nachbar wohl etwas «zu grosse Machtgelüste» ausgelöst.

Classe politique

Ignazio Cassis, Globetrotter, twitterte ein Bild seines Besuchs im westafrikanischen Niger. Auf dem Schnappschuss ist Cassis neben einem lokalen Sultan zu sehen, ins Auge stechen indes die überaus staubigen Hosen und Sneaker des Bundespräsidenten. Wie konnte es zu dieser legeren Auslegung des diplomatischen Protokolls kommen? Laut der ebenfalls mitgereisten Nationalratspräsidentin Irène Kälin habe man zuvor eine Moschee mit «engem Minarett» besucht und sich da schmutzig gemacht. Immer noch besser, als wenn Cassis die Schweizer Minarettspolitik aufgebracht hätte.

Christian Imark, Turbo-Politiker, war am Freitag in der SRF-



Ignazio Cassis Christian Imark

«Arena» zur Energiedebatte eingeladen und zeigte sich elektrisiert. Der SVP-Nationalrat schoss auf alle Seiten und unterbrach die anderen Gäste, bis Moderator Sandro Brotz die Nerven verlor: «Was schwatzen Sie immer dazwischen, Herr Imark?», rügte er. Die SVP hat offenbar das, wovon andere in der Klimapolitik nur träumen: eine stetig sprudelnde Energiequelle.